

Pressespiegel zum EU-AU MinisterInnenentreffen zu Migration und Entwicklung am 10./11. Juli 2006 in Rabat, Marokko

Berichte vom 1. Tag, div. online-Medien am Montag, 10. Juli 2006

Wenig Zuckerbrot und sehr viel Peitsche

Die Flucht aus Afrika nach Europa soll erschwert werden. Das ist das erklärte Ziel einer zweitägigen Ministerkonferenz im marokkanischen Rabat. Dort wird zwar viel über Solidarität geredet, tatsächlich geht es aber um eine Politik der Ausgrenzung. Aus Madrid Rainer Wandler

Europa sucht Lösungen für ein dringendes Problem: die Migrationsbewegungen von Afrika in Richtung alten Kontinent. Dazu tagt am heutigen Montag und am Dienstag im marokkanischen Rabat eine afrikanisch-europäische Ministerkonferenz zur Migration und Entwicklung. Die Teilnehmer aus 60 Ländern beider Kontinente versprechen, ganz neue Wege beschreiten zu wollen. Gegner bezweifeln dies.

"Eine Zusammenarbeit für eine bessere Entwicklung und die Stärkung der grundlegenden sozialen Dienste" sei das Ziel, erklärt der spanische Außenminister Miguel Ángel Moratinos. Ein Aktionsplan, an dem bis zum letzten Augenblick gefeilt wurde, sieht eine gezielte Entwicklungspolitik vor, die der Bevölkerung in den Herkunfts- und Transitländern eine Perspektive geben soll. Gleichzeitig soll die legale Einwanderung gestärkt werden, indem Kontingente für afrikanische Immigranten eingerichtet werden.

Die Initiative zur Konferenz ergriffen Moratinos und sein marokkanischer Kollege Mohammed Benaissa, als im vergangenen Oktober wochenlang tausende von Schwarzafrikanern gegen die Grenzzäune der beiden spanischen Exklaven in Nordafrika, Ceuta und Melilla, anliefen. Paris unterstützte die Pläne von Anfang an. Die EU-Kommission schloss sich ebenfalls an. Einziger Schwachpunkt: Algerien, eines der Haupttransitländer, schickt niemanden nach Rabat. Algier besteht darauf, dass das Thema Migration auf den üblichen Gipfeln zwischen der EU und der Afrikanischen Union verhandelt werden müsse.

"Es wird keine Geberkonferenz werden", warnt ein spanischer Diplomat trotz dieser Entwicklung ganz offen vor überhöhten Erwartungen. Das wenige, was aus dem Aktionsplan im Vorfeld der Konferenz bekannt wurde, bestätigt dies. Denn wo es um konkrete Maßnahmen geht, ist mehr von der Peitsche der Sicherheitspolitik die Rede als vom Zuckerbrot Entwicklungspolitik. So streben die Teilnehmerländer den Ausbau der polizeilichen und juristischen Zusammenarbeit an. Die europäischen Länder wollen erreichen, dass die Transitländer in Afrika künftig ihre Grenzen hermetisch abriegeln. Ein globales Rücknahmeabkommen mit möglichst vielen afrikanischen Ländern ist das Ziel.

Ein Beispiel, wie die Umsetzung des Aktionsplanes aussehen könnte, ist die Politik Spaniens. Während der Sozialist Moratinos viel von Solidarität redet, kümmert er sich fast ausschließlich um Kooperation in der Sicherheitspolitik. Ende Juni bedankte er sich bei der mauretanischen Regierung für "die exzellente Zusammenarbeit während der vergangenen schwierigen Wochen und Monate". Das dünn besiedelte Land an Afrikas Westküste hat auf Drängen Spaniens die Grenzen dicht gemacht. Gemeinsam mit spanischen Beamten werden Häfen überwacht. Aus Entwicklungshilfefonds wurden Auffanglager auf mauretanischem Boden eingerichtet und der Armee ein Patrouillenboot geschenkt. Mauretanier und Spanier fahren Nacht für Nacht gemeinsam die Küste ab, um das Ablegen von Cayucos - wie die hölzernen Fischerboote heißen - zu verhindern.

Mitinitiator Marokko präsentiert sich in einem Positionspapier selbst als Beispiel für "eine authentische Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika". "Ein multidimensionales Herangehen" - bestehend aus gemeinsamen Seepatrouillen mit der spanischen Guardia Civil und eine Reform des Ausländergesetzes, das Schwarzafrikanern die Einreise nach Marokko erschwert - "machte es möglich, die Zahl der illegalen Einwanderer zu senken." Außerdem sei es gelungen, 1.700 Nigerianer in ihre Heimat abzuschieben. Kein Wort von den illegalen Praktiken, die Marokko während der Flüchtlingskrise im vergangenen Herbst in Ceuta und Melilla anwandte. Damals wurden Flüchtlinge ganz einfach mitten in der Wüste ausgesetzt und über die Grenze nach Algerien getrieben.

*taz Nr. 8017 vom 10.7.2006, Seite 10, 129 TAZ-Bericht REINER WANDLER
<http://www.taz.de/pt/2006/07/10/a0098.1/text>*

Wege in die neue Welt Migrationskonferenz in Rabat

Unter dem Eindruck immer neuer Flüchtlingsströme nach Europa hat am Montag in Rabat eine euro-afrikanische Ministerkonferenz über Migration und Entwicklung begonnen. Bei dem zweitägigen Treffen in der marokkanischen Hauptstadt sitzen erstmals Vertreter der Europäischen Union und der wichtigsten Herkunfts- und Transitländer an einem Tisch.

Ziel ist die Verabschiedung eines Aktionsplanes, mit dem das Drama der illegalen Migration eingedämmt und die legale Einwanderung besser gesteuert werden kann. Auf der Tagesordnung stehen zudem Menschenrechtsfragen, Entwicklungshilfe und Abkommen über die Rücknahme illegaler Zuwanderer.

An der Konferenz nehmen fast 50 Staaten Europas und Afrikas sowie zehn internationale Organisationen teil. Algerien als eines der Haupttransitländer blieb dem Treffen allerdings fern. Die Regierung in Algier beharrt darauf, das Thema Migration müsse auf den üblichen Gipfeln zwischen der EU und der Afrikanischen Union behandelt werden. Für Deutschland nimmt der Staatsminister für Europa, Günter Gloser, teil.

Zu der Konferenz hatten Spanien und Marokko nach dem Massenansturm Tausender Armutsflüchtlinge auf die spanischen Nordafrika-Exklaven Ceuta und Melilla im vergangenen Herbst aufgerufen. Mindestens 14 Immigranten kamen damals ums Leben

Montag, 10. Juli 2006, <http://www.n-tv.de/687332.html>

Liste der Ziele Konferenz über Migration

Tragische Vorfälle werfen ein Schlaglicht auf die Flüchtlingsproblematik in Afrika. Über Wege zur Eindämmung der illegalen Zuwanderung beraten in Rabat Minister aus mehr als 50 Staaten Afrikas und Europas. Nachfolgend eine Liste der Konferenzziele:

- Der Menschenschmuggel soll durch verschärfte Kontrollen der Küsten bekämpft werden.
- Es soll mehr Geld zur Verfügung gestellt werden, um die Not in den Herkunfts- und Transitländern zu mildern.
- Durch Schaffen von mehr Arbeitsplätzen in den Herkunftsländern der Migranten soll die Kluft zwischen Arm und Reich geschlossen werden. Die afrikanischen Länder fordern einen freieren Handel, mehr Hilfen für aufstrebende Branchen, bessere Ausbildung und den Kampf gegen die Armut.
- Die regionale Zusammenarbeit soll mit dem Ziel verbessert werden, das Wirtschaftswachstum in Afrika zu fördern und die Armut zu bekämpfen.
- Zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung soll ein Europäisch-Afrikanisches Wirtschaftsforum geschaffen werden. Es soll zurückkehrenden Migranten den Neustart erleichtern.
- Es sollen mehr Afrikaner an Universitäten in Europa und Afrika studieren.
- Die Migrationstrends sollen in einer gemeinsamen Studiengruppe erforscht werden.
- Das Bewusstsein für die Gefahren der illegalen Zuwanderung soll besonders unter den jungen Menschen in den ärmsten Ländern Afrikas geschärft werden.
- Die Politik der Rückführung illegaler Flüchtlinge soll mit dem Ziel klar gestellt werden, diplomatische Konflikte zu vermeiden und die Erfahrung der Abschiebung weniger traumatisch zu machen.
- Die Zusammenarbeit bei der Rückführung von Migranten soll verbessert werden.
- Die afrikanischen Staaten fordern von Europa mehr Schritte gegen Rassismus. Das Bewusstsein über die positiven Wirkungen der Zuwanderung soll verstärkt werden.

Montag, 10. Juli 2006, <http://www.n-tv.de/687350.html>

Die Ziele der Migrationskonferenz von Rabat

Beim Versuch, den Grenzzaun zur spanischen Exklave in Marokko zu überwinden, sind vorige Woche drei Flüchtlinge ums Leben gekommen. Mindestens 30 Migranten ertranken auf dem Seeweg zwischen Afrika und den Kanarischen Inseln. Die tragischen Vorfälle werfen ein Schlaglicht auf die Flüchtlingsproblematik in Afrika. Über Wege zur Eindämmung der illegalen Zuwanderung wollten am Montag und Dienstag in Rabat Minister aus mehr als 50 Staaten Afrikas und Europas beraten.

Nachfolgend eine Liste der Konferenzziele:

- Der Menschenschmuggel soll durch verschärfte Kontrollen der Küsten bekämpft werden.
- Es soll mehr Geld zur Verfügung gestellt werden, um die Not in den Herkunfts- und Transitländern zu mildern.
- Durch Schaffen von mehr Arbeitsplätzen in den Herkunftsländern der Migranten soll die Kluft zwischen Arm und Reich geschlossen werden. Die afrikanischen Länder fordern einen freieren Handel, mehr Hilfen für aufstrebende Branchen, bessere Ausbildung und den Kampf gegen die Armut.
- Die regionale Zusammenarbeit soll mit dem Ziel verbessert werden, das Wirtschaftswachstum in Afrika zu fördern und die Armut zu bekämpfen.
- Zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung soll ein Europäisch-Afrikanisches Wirtschaftsforum geschaffen werden. Es soll zurückkehrenden Migranten den Neustart erleichtern.

- Es sollen mehr Afrikaner an Universitäten in Europa und Afrika studieren.
- Die Migrationstrends sollen in einer gemeinsamen Studiengruppe erforscht werden.
- Das Bewusstsein für die Gefahren der illegalen Zuwanderung soll besonders unter den jungen Menschen in den ärmsten Ländern Afrikas geschärft werden.
- Die Politik der Rückführung illegaler Flüchtlinge soll mit dem Ziel klar gestellt werden, diplomatische Konflikte zu vermeiden und die Erfahrung der Abschiebung weniger traumatisch zu machen.
- Die Zusammenarbeit bei der Rückführung von Migranten soll verbessert werden.
- Die afrikanischen Staaten fordern von Europa mehr Schritte gegen Rassismus. Das Bewusstsein über die positiven Wirkungen der Zuwanderung soll verstärkt werden.

10.07.06, 14:53h, Kölner Stadt-Anzeiger, <http://www.ksta.de/jks/artikel.jsp?id=1152525027964>

Artikel upgedatet (ein paar Stunden später):

Das Drama der illegalen Migration

BILDTEXT: (Afrikanische Flüchtlinge vor Teneriffa) Alltag der Küstenwachen Italiens, Spaniens, Frankreichs: Ein Flüchtlingsboot wird aufgebracht (Ende Juni vor Teneriffa).

Rabat - Unter dem Eindruck immer neuer Flüchtlingsströme nach Europa hat am Montag in Rabat eine euro-afrikanische Ministerkonferenz über Migration und Entwicklung begonnen. Bei dem zweitägigen Treffen in der marokkanischen Hauptstadt sitzen erstmals Vertreter der Europäischen Union und der wichtigsten Herkunfts- und Transitländer an einem Tisch. Ziel ist die Verabschiedung eines Aktionsplanes, mit dem das Drama der illegalen Migration eingedämmt und die legale Einwanderung besser gesteuert werden sollen. Auf der Tagesordnung stehen zudem Menschenrechtsfragen, Entwicklungshilfe und Abkommen über die Rücknahme illegaler Zuwanderer.

An der Konferenz nehmen fast 50 Staaten Europas und Afrikas sowie zehn internationale Organisationen teil. Algerien als eines der Haupttransitländer blieb dem Treffen allerdings fern. Die Regierung in Algier beharrt darauf, das Thema Migration müsse auf den üblichen Gipfeln zwischen der EU und der Afrikanischen Union behandelt werden. Für Deutschland nimmt der Staatsminister für Europa, Günter Gloser, teil. Zu der Konferenz hatten Spanien und Marokko nach dem Massenansturm Tausender Armutsflüchtlinge auf die spanischen Nordafrika-Exklaven Ceuta und Melilla im vergangenen Herbst aufgerufen. Mindestens 14 Immigranten kamen damals ums Leben. (dpa)

10.07.06, 14:44h, Kölner Stadt-Anzeiger, <http://www.ksta.de/html/artikel/1152525027956.shtml>

Das Drama der illegalen Migration

BILDTEXT: (Afrikanische Flüchtlinge vor Teneriffa) Alltag der Küstenwachen Italiens, Spaniens, Frankreichs: Ein Flüchtlingsboot wird aufgebracht (Ende Juni vor Teneriffa).

Rabat - Zur Eindämmung der Flüchtlingsströme nach Europa hat die EU zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit Afrika aufgerufen. Beim Kampf gegen Schleuserbanden, der Überwachung der Grenzen oder der Rückführung illegaler Zuwanderer müsse die Kooperation intensiviert werden, forderte EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner am Montag bei der Eröffnung einer euro-afrikanischen Ministerkonferenz über Migration und Entwicklung in Rabat. Bei dem zweitägigen Treffen in der marokkanischen Hauptstadt sitzen erstmals Vertreter der EU und der wichtigsten Herkunfts- und Transitländer an einem Tisch. Fast 60 Staaten Europas und Afrikas sowie 15 internationale Organisationen sind auf der Konferenz vertreten.

In der Debatte um die Flüchtlingsproblematik dürften die Ursachen nicht aus dem Auge verloren werden, betonten Redner in Rabat. Dazu zählten Armut, Unterentwicklung und die unsichere Lage in vielen Herkunftsländern. Dies treibe die Menschen dazu, für eine bessere Zukunft in Europa ihr Leben aufs Spiel zu setzen. So sind nach Schätzungen des mauretanischen Roten Halbmonds seit Ende 2005 mehr als 1300 Afrikaner bei dem Versuch ertrunken, an Bord von kleinen Holzbooten die Kanarischen Inseln zu erreichen. Entwicklungshilfe und Menschenrechtsfragen stehen daher auch auf der Tagesordnung der Konferenz.

"Wir wollen einerseits mittels einer Entwicklungspartnerschaft die Migrationsursachen bekämpfen. Andererseits wollen wir die Migration so zu steuern versuchen, dass sie für uns alle möglichst vorteilhaft verläuft und gleichzeitig negative Auswirkungen minimiert werden", sagte der deutsche Staatsminister für Europa, Günter Gloser. Zu der Konferenz hatten Spanien und Marokko nach dem Massenansturm tausender Armutsflüchtlinge auf die spanischen Nordafrika-Exklaven Ceuta und Melilla im vergangenen Herbst aufgerufen. 14 Immigranten kamen damals ums Leben. Algerien als eines der Haupttransitländer blieb dem Treffen allerdings fern. Das Land beharrt darauf, das Thema müsse auf den üblichen Gipfeln zwischen der EU und der Afrikanischen Union behandelt werden. (dpa)

10.07.06, 14:44h, AKTUALISIERT 10.07.06, 16:42h, Kölner Stadt-Anzeiger, <http://www.ksta.de/html/artikel/1152525027956.shtml>

Beginn mit Appellen

Europäische und afrikanische Länder diskutieren die Flüchtlingsproblematik

In Rabat diskutieren Vertreter von fast 60 europäischen und afrikanischen Staaten über die Flüchtlingsströme vom Schwarzen Kontinent nach Europa. Der erste Tag begann mit Appellen verschiedenster Staats- und Regierungschefs. Die Konferenz wurde nach den Dramen von Melilla und Ceuta ins Leben gerufen.

BILDTEXT: EU-Aussenkommissarin Ferrero-Waldner mit dem marokkanischen Aussenminister Benaissa. (Bild key)

(sda/dpa/afp) Zur Eindämmung der Flüchtlingsströme hat die EU Afrika zur stärkeren Zusammenarbeit aufgerufen. Beim Kampf gegen Schleuserbanden, der Überwachung der Grenzen oder der Rückführung illegaler Zuwanderer müsse die Kooperation intensiviert werden. Dies forderte EU-Aussenkommissarin Benita Ferrero-Waldner am Montag bei der Eröffnung einer euro-afrikanischen Ministerkonferenz über Migration und Entwicklung in Rabat. Beim zweitägigen Treffen in der marokkanischen Hauptstadt sitzen erstmals Vertreter der EU und der wichtigsten Herkunfts- und Transitländer an einem Tisch.

Fast 60 Staaten Europas und Afrikas sowie 15 internationale Organisationen sind an der Konferenz vertreten. Die Schweiz wird durch Walter Fust, Chef der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza), repräsentiert. Die Teilnehmer der Konferenz wollen am Dienstag einen Aktionsplan beschliessen. Algerien als eines der Haupttransitländer blieb dem Treffen allerdings fern.

Die Ursachen nicht aus den Augen verlieren

In der Debatte dürften die Ursachen nicht aus dem Auge verloren werden, betonten Redner in Rabat. Dazu zählten Armut, Unterentwicklung und die unsichere Lage in vielen Herkunftsländern. Frankreichs Staatschef Chirac forderte, die illegale Einwanderung «mit Respekt für die Menschenwürde, aber entschlossen» zu bekämpfen.

Es gehe um die Interessen der Menschen, die die Reise nach Europa wagten, um die Interessen der legal in Europa lebenden Afrikaner sowie um die Interessen der Europäer, die sich vor den Auswirkungen der Globalisierung fürchteten. In Frankreich wurde eben erst das Einwanderungsgesetz verschärft; das umstrittene Gesetz bevorzugt gut ausgebildete Ausländer.

Ausgewogenes Modell angestrebt

Der spanische Aussenminister Miguel Angel Moratinos sagte, die Konferenz solle die Basis für ein «ausgewogenes» Einwanderungsmodell schaffen, das «im Interesse aller» sei. Europa wolle gegen eine unkontrollierte Einwanderung vorgehen, während Afrika ein Interesse daran habe, die Auswanderung seiner Eliten zu verhindern.

Kanarische Inseln als Ziel

Im vergangenen Herbst hatten Tausende von Flüchtlingen aus Afrika die Grenzanlagen der spanischen Exklaven Melilla und Ceuta im Norden Marokkos gestürmt, 14 Flüchtlinge waren dabei ums Leben gekommen. Nach diesem Drama riefen Spanien und Marokko zur Konferenz auf.

In den vergangenen Monaten wurden zudem rund um die Kanarischen Inseln verstärkt Schiffe mit Flüchtlingen aus Afrika aufgebracht. Nach Schätzungen des mauretanischen Roten Halbmonds ertranken seit Ende 2005 über 1300 Afrikaner beim Versuch, mit kleinen Holzbooten die spanischen Inseln im Atlantik zu erreichen.

10. Juli 2006, 19:30, NZZ Online, <http://www.nzz.ch/2006/07/10/al/newzzEPH3MTNH-12.html>

Illegale Einwanderer - 58 Staaten beraten in Rabat über Immigration

BILDTEXT: Kanaren - Bilder dieser Art sieht man in den Medien der Kanaren-Inseln jeden Tag. Fast täglich laufen die Flüchtlingsboote die Inseln Gran Canaria oder Teneriffa an.

Kanaren Nachrichten für den 10.07.2006 Rabat / Brüssel - Vertreter von 58 Staaten beraten über Immigration - Zum aktuellen Thema Immigration und Massenansturm afrikanischer Flüchtlinge auf die Kanarischen Inseln und Ceuta und Melilla - Beim Kampf gegen Schleuserbanden, der Überwachung der Grenzen oder der Rückführung illegaler Zuwanderer müsse die Kooperation intensiviert werden, forderte EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner am Montag bei der Eröffnung einer euro-afrikanischen Ministerkonferenz über Migration und Entwicklung in Rabat. Bei dem zweitägigen Treffen in der marokkanischen Hauptstadt sitzen erstmals Vertreter der EU und der wichtigsten Herkunfts- und Transitländer an einem Tisch. Fast 60 Staaten Europas und Afrikas sowie 15 internationale Organisationen sind auf der Konferenz vertreten.

In der Debatte um die Flüchtlingsproblematik dürften die Ursachen nicht aus dem Auge verloren werden, betonten Redner in Rabat. Dazu zählten Armut, Unterentwicklung und die unsichere Lage in vielen Herkunftsländern. Dies treibe die Menschen dazu, für eine bessere Zukunft in Europa ihr Leben aufs Spiel zu setzen. So sind nach Schätzungen des mauretanischen Roten Halbmonds seit Ende 2005 mehr als 1300 Afrikaner bei dem Versuch ertrunken, an Bord von kleinen Holzbooten die Kanarischen Inseln zu erreichen. Entwicklungshilfe und Menschenrechtsfragen stehen daher auch auf der Tagesordnung der Konferenz.

BILDTEXT: (Mit einem Holzboot von Mauretanien auf die Kanaren - Karte) Seit Jahresbeginn kamen laut Statistik der kanarischen Behörden bereits 10.000 illegale Einwanderer auf den Kanaren Insel an. In der Hauptsache betrifft diese Statistik die Ankünfte auf den Inseln Gran Canaria und Teneriffa.

Zu der Konferenz hatten Spanien und Marokko nach dem Massenansturm tausender Armutsflüchtlinge auf die spanischen Nordafrika-Exklaven Ceuta und Melilla im vergangenen Herbst aufgerufen. 14 Immigranten kamen damals ums Leben. Algerien als eines der Haupttransitländer blieb dem Treffen allerdings fern. Das Land beharrt darauf, das Thema müsse auf den üblichen Gipfeln zwischen der EU und der Afrikanischen Union behandelt werden.

Bei der Konferenz in Rabat stand nicht nur die Frage im Mittelpunkt, wie die Grenzkontrollen verstärkt werden könnten, um Einwanderer abzuschrecken. Es ging auch darum, wie die Situation in den Heimatländern der Flüchtlinge verbessert werden könnte.

Die EU-Unterstützung für Mauretanien wurde vor allem auf Antrag Spaniens gewährt, da die meisten Boote zu den Kanaren in diesem Jahr von der mauretanischen Küste abfuhren. Laut Ferrero-Waldner sollen die Patrouillen zu Lande und zur See verstärkt werden. Dafür soll das westafrikanische Land vier Spezialboote erhalten. Ferner soll die Rückführung von aufgegriffenen Flüchtlingen in ihre Heimat finanziert werden. Dies schließt Unterkunft und Verpflegung mit ein. Der Europäischen Union zufolge kommen die meisten Flüchtlinge, die in Mauretanien oder Marokko aufgegriffen werden, aus dem Senegal und aus Mali.

10. Juli 2006, <http://www.islacanaria.net/newsblog/news/archives/2006/07/10/090369.html>

Euro-Afrikanische Konferenz berät über Migration und Entwicklung

BILD: Afrikanische Flüchtlinge vor Teneriffa

Rabat (dpa) - Unter dem Eindruck immer neuer Flüchtlingsströme nach Europa hat in Rabat eine euro-afrikanische Ministerkonferenz über Migration und Entwicklung begonnen. Bei dem zweitägigen Treffen in der marokkanischen Hauptstadt sitzen erstmals Vertreter der EU und der wichtigsten Herkunfts- und Transitländer an einem Tisch.

Ziel ist die Verabschiedung eines Aktionsplanes, mit dem das Drama der illegalen Migration eingedämmt und die legale Einwanderung besser gesteuert werden sollen. Auf der Tagesordnung stehen zudem Menschenrechtsfragen, Entwicklungshilfe und Abkommen über die Rücknahme illegaler Zuwanderer.

An der Konferenz nehmen fast 50 Staaten Europas und Afrikas sowie zehn internationale Organisationen teil. Algerien als eines der Haupttransitländer blieb dem Treffen allerdings fern. Die Regierung in Algier beharrt darauf, das Thema Migration müsse auf den üblichen Gipfeln zwischen der EU und der Afrikanischen Union behandelt werden. Für Deutschland nimmt der Staatsminister für Europa, Günter Gloser, teil. Zu der Konferenz hatten Spanien und Marokko nach dem Massenansturm Tausender Armutsflüchtlinge auf die spanischen Nordafrika-Exklaven Ceuta und Melilla im vergangenen Herbst aufgerufen. Mindestens 14 Immigranten kamen damals ums Leben.

10.07.2006, *Fränkischer Tag*, <http://www.fraenkischer-tag.de/cms/index.php?id=80&newsID=239763&Seite=Lokales&SeiteSub=Titelseite&LinkSeite=Nachrichten&LinkSeiteSub=Brennpunkte&LinkId=127>

Migration: Erstmals Konferenz EU - Afrika

Vertreter von 60 Staaten und 20 internationalen Organisationen bemühen sich um Kooperation bei Migration.

BILDTEXT: Eine Konferenz mit Vertretern aus 60 europäischen und afrikanischen Staaten will über Zusammenarbeit bei Migration sprechen. | (c) APA

Unter dem Eindruck immer neuer Flüchtlingsströme nach Europa hat am Montag in Rabat eine euro-afrikanische Ministerkonferenz über Migration und Entwicklung begonnen. Bei dem zweitägigen Treffen in der marokkanischen Hauptstadt sitzen erstmals Vertreter der Europäischen Union und der wichtigsten Herkunfts- und Transitländer an einem Tisch.

Ziel ist die Verabschiedung eines Aktionsplanes, mit dem die illegale Migration eingedämmt und die legale Einwanderung besser gesteuert werden soll. Auf der Tagesordnung stehen zudem Menschenrechtsfragen, Entwicklungshilfe und Abkommen über die Rücknahme illegaler Zuwanderer.

An der Konferenz nehmen fast 50 Staaten Europas und Afrikas sowie zehn internationale Organisationen teil. Algerien als eines der Haupttransitländer blieb dem Treffen allerdings fern. Die Regierung in Algier beharrt darauf, das Thema Migration müsse auf den üblichen Gipfeln zwischen der EU und der Afrikanischen Union behandelt werden.

Österreich wird nach Angaben aus dem Außenamt durch BZÖ-Vizekanzler Hubert Gorbach und den

Generalsekretär im Außenministerium, Johannes Kyrle, vertreten sein. Zu der Konferenz hatten Spanien und Marokko nach dem Massenansturm Tausender Armutsflüchtlinge auf die spanischen Nordafrika-Exklaven Ceuta und Melilla im vergangenen Herbst aufgerufen. Mindestens 14 Immigranten kamen damals ums Leben. (APA/Red.)

10.07.2006, <http://www.diepresse.com/Artikel.aspx?channel=p&ressort=a&id=571028>

Flüchtlingskrise: Tödlicher Weg ins Eldorado Europa

Die EU berät mit Vertretern Afrikas über die mögliche Steuerung von Migration.

BRÜSSEL/ RABAT (red.). "Heimkehren werde ich nicht. Lieber würde ich sterben", beteuert Patrick Thomas (30) aus Mali. Neun Monate lang hat seine Odyssee durch Wüste und Dschungel gedauert, Hunger und Durst hat er überlebt. Nun sitzt er in einem Flüchtlingslager in Marokko fest. Sein Ziel: Die spanische Exklave Melilla - und dann das "Eldorado" Europa. Dort wollte er "irgendeinen Job" finden, "denn meine Familie kann sonst nicht überleben".

Wie Patrick Thomas versuchen hunderttausende Afrikaner jedes Jahr nach Europa zu gelangen. Die EU ist überfordert, sie kämpft um die Balance zwischen der Errichtung einer "Festung Europa" und der Kontrolle über die Flüchtlingsströme, die Mitgliedstaaten wie Spanien und Italien an den Rand ihrer Kapazitäten drängt.

Seit Montag beraten nun erstmals Vertreter der EU mit Afrikanern in der marokkanischen Hauptstadt Rabat über gemeinsame Lösungsmodelle für Migration. Ziel der zweitägigen Ministerkonferenz ist die Verabschiedung eines Aktionsplans, der illegale Einwanderung reduzieren und die legale Migration kontrollieren soll. Mit Mauretanien wurde bereits im Vorfeld ein mit 2,45 Millionen Euro dotiertes Maßnahmenpaket beschlossen: Das Programm wird aus dem Krisenreaktionsmechanismus der EU finanziert und soll den massiven Zustrom von Flüchtlingen auf die Kanarischen Inseln stoppen.

Geplant sind die verstärkte Überwachung von See- und Landgrenzen wie auch die Rückführung von Migranten in ihre Heimatländer. Grundsätzlich konzentrieren sich die Maßnahmen darauf, Menschen von Fluchtversuchen abzuhalten. Mittels Filmen und Hörfunkdiskussionen sollen die Risiken der gefährlichen Überfahrten deutlich gemacht werden.

Tausende Flüchtlinge starben in den vergangenen Jahren auf hoher See. Auch deshalb haben seit Anfang Juli Menschen in Seenot stärkeren Rechtsschutz. Wenn Schiffe Schiffbrüchige retten, sind Staaten verpflichtet, deren Kapitäne anlegen zu lassen und deren humanitäre Verpflichtungen zu übernehmen.

11.07.2006, online: 10. Juli 2006, <http://www.diepresse.com/Artikel.aspx?channel=p&ressort=eu&id=571084>

Euro-afrikanische Konferenz berät Migrationspolitik

Vertreter aus rund 60 Staaten Europas und Afrikas sowie von 20 internationalen Organisationen beraten heute und morgen in Rabat über Möglichkeiten zur Zusammenarbeit bei der Migrationspolitik.

Die von Gastgeber Marokko gemeinsam mit Frankreich und Spanien organisierte Konferenz ist Teil der Bemühungen der Europäischen Union, mit den wichtigsten Herkunftsländern von Flüchtlingen in Afrika, den Transitstaaten sowie den Mittelmeeranrainern enger zu kooperieren.

Neben dem Schutz der EU-Grenzen vor illegaler Einwanderung soll es dabei auch um die legale Einwanderung, die Bekämpfung des Menschenhandels und die wirtschaftliche Unterstützung der Herkunftsländer gehen.

10. Juli 2006, <http://news.orf.at/?href=http%3A%2F%2Fnews.orf.at%2Fticker%2F223698.html>

Einwanderung Europäisch-afrikanische Konferenz zur Migrationspolitik

Vertreter von rund 60 Staaten Europas und Afrikas sowie 20 internationalen Organisationen beraten am Montag und Dienstag in der marokkanischen Hauptstadt Rabat über Möglichkeiten der Zusammenarbeit in der Migrationspolitik. Die Konferenz wurde von Marokko gemeinsam mit Frankreich und Spanien organisiert. Der stellvertretende marokkanische Außenminister Taib Fassi Fihri sagte, die EU könnte ihre Aktionen besser aufeinander abstimmen: Die finanziellen Mittel seien derzeit auf mehrere Programme verteilt - Programme für den Mittelmeerraum, für die Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten und für den Schutz der EU-Außengrenzen.

Bei der Konferenz in Rabat geht es um eine umfassende Lösung. Neben dem Schutz der EU-Grenzen vor illegaler Einwanderung steht auch die legale Einwanderung auf der Tagesordnung, sowie die Bekämpfung des

Menschenhandels und die wirtschaftliche Unterstützung der Herkunftsländer.

10 Juli 2006, http://www.euronews.net/create_html.php?page=detail_info&article=368245&lng=3# (mit online Video)

Konferenzen in Rabat zu Flüchtlingsbewegung Unterschiedliche Blicke auf Migration

Vertreter aus rund 60 Staaten Europas und Afrikas sowie von 20 internationalen Organisationen sind in Rabat zu einer Konferenz über Migrationspolitik zusammengekommen. Neben der Sicherung der EU-Grenzen gegen illegale Einwanderer soll es aber auch um die legale Einwanderung, die Bekämpfung des Menschenhandels und die wirtschaftliche Unterstützung der Herkunftsländer gehen. Viele Nichtregierungsorganisationen sind jedoch misstrauisch und veranstalten deshalb eine eigene Tagung. *Von Jan Tussing, ARD-Hörfunkstudio Rabat*

Hunderttausende von Flüchtlingen aus Afrika wollen nach Europa. Sie versuchen es über Land und übers Wasser, und viele verlieren dabei ihr Leben. Eine riesige humanitäre Katastrophe ist im Gang, und Europa bekämpft die Folgen und nicht die Ursachen, sagt Hicham Rachidi von der Nichtregierungsorganisation Micro-Europa. "Seit Anfang des Jahres sind 10.000 Menschen auf den Kanarischen Inseln gelandet und die Europäer, die die illegalen Flüchtlinge empfangen- wir distanzieren uns übrigens von diesem Begriff - tun alles, damit die Ursprungsländer ihre Landsleute wieder aufnimmt", so Rachidi.

"Grundrechte der Menschen müssen ganz oben anstehen"

In der jüngsten Vergangenheit gab es immer wieder diplomatische Streitereien über die Behandlung von Flüchtlingen. Sei es durch rabiate, spanische Behörden auf den kanarischen Inseln, sei es durch menschenverachtende Rückführungsaktionen durch marokkanische Grenzbeamte. Eine Reihe von Organisationen versucht nun, auf die Lebensbedingungen von Menschen aufmerksam zu machen, die ein Recht einklagen, im Ausland ein besseres Leben zu finden.

Europa dürfe nicht die Grenzen verstärken und gleichzeitig autoritäre afrikanische Regime unterstützen, sagt Rachidi. Denn gerade diese Regierungen trügen zu der Flut von Flüchtlingen bei. "Wir glauben, dass im Rahmen der europäischen Außenpolitik der Respekt für die Grundrechte der Menschen ganz oben anstehen muss, anstatt die Politik gegen Migration und den Druck auf die Staaten zu verstärken." Rachidi fordert, dass die europäische Außenpolitik die Einhaltung der Menschenrechte zur Bedingung für jegliche Hilfe machen sollte, und nicht anders herum, wie das zur Zeit der Fall sei.

"Keine konkreten und effizienten Maßnahmen"

Wenn am 10. und 11. Juli in Rabat die europäischen und afrikanischen Minister über die Flüchtlingsproblematik diskutieren, dann redeten sie über die Folgen von Migration, aber nicht die Ursachen, sagt Rachidi. Die Minister verhandelten über Verschärfung von Sicherheitsmaßnahmen und Rückführungsaktionen, aber nicht über Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen. "Wir haben bereits die Flüchtlingskonferenz verfolgt, die letzten Monat in Dakar stattgefunden hat zwischen den Botschaftern der Länder, die jetzt auch auf der Konferenz teilnehmen werden. Wir sind uns darüber klar geworden, dass es keine konkreten und effizienten Maßnahmen gibt, um neue Weg zur Entwicklungsarbeit zu finden", klagt Rachidi.

Konferenz der Rückführung?

Daher findet nun also in Rabat ein Gegengipfel statt. Hunderte von Nichtregierungsorganisationen aus europäischen und afrikanischen Staaten, darunter auch die deutsche Friedrich-Ebert-Stiftung, wollen den Flüchtlingen eine Stimme geben. "Wir haben gute Gründe zu glauben, dass diese interministerielle Konferenz am 10. und 11. Juli eine Konferenz der Rückführung wird. Das heißt, es werden Maßnahmen verabschiedet, um Staaten unter Druck zu setzen, aus denen die Flüchtlinge kommen, damit sie ihre Landsleute wieder zurücknehmen.

BILTEXTE:

Flüchtlinge auf einem Boot der spanischen Küstenwache]

Grenzzaun zwischen der spanischen Exklave Melilla und Marokko (Foto: AFP) Großansicht des Bildes [Bildunterschrift: Der Grenzzaun zwischen der spanischen Exklave Melilla und Marokko]

Flüchtlinge in Ceuta (Foto: REUTERS) Großansicht des Bildes [Bildunterschrift: Verletzter Flüchtling in Ceuta]

Karte Marokko Großansicht des Bildes [Bildunterschrift:]

Flüchtlinge warten in Melilla auf Nahrung (Foto: AP) Großansicht des Bildes [Bildunterschrift: Flüchtlinge warten in Melilla auf Nahrung.]

Großansicht des Bildes Grafik: Berichtet aus dem Studio Rabat: Jan Tussing]

10. Juli 2006, 13:59 Uhr, http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID5699416_TYP6_THE_NAV_REF1_BAB,00.html

Konferenz in Rabat zu Flüchtlingsbewegung Europa fordert bessere Sicherung der Grenzen

Afrika und Europa haben unterschiedliche Vorstellungen davon, wie illegale Zuwanderung bekämpft werden kann. Afrika fordert wirtschaftliche Perspektiven für seine Länder und eine Legalisierung der Einwanderung nach Europa. Europäer sprechen von einer besseren Sicherung der Grenzen und von der Notwendigkeit, Migranten am Beginn ihrer Reise zu hindern. Jetzt reden sie also darüber, und allein das Zustandekommen der Konferenz wird schon als Erfolg bewertet - zumindest von den Initiatoren Spanien und Marokko.

Von Rüdiger Maack, ARD-Hörfunkstudio Rabat

Letztes Jahr im Herbst hatten wochenlang jede Nacht mehr Menschen versucht, die Grenzanlagen zu zwei spanischen Enklaven in Nordmarokko zu stürmen - wer überkommt, ist in Europa. Schließlich schossen Spanier und Marokkaner scharf - 14 Menschen starben. Dann regten die Regierungen beider Länder eine Konferenz über illegale Migration an. Damit nichts schief geht, wurde Ende Juni in der senegalesischen Hauptstadt Dakar ein Text verabredet, der jetzt Grundlage der Debatte sein soll. Er nennt sich Aktionsplan und will eine gleichwertige Partnerschaft installieren, um die illegale Wanderung zu bekämpfen.

Interessen der Europäer stehen im Vordergrund

In dem Plan geht es vor allem um Abwehr. Er sieht Regeln für die Rückführung illegaler Emigranten und die Verschärfung von Grenzkontrollen vor. Beabsichtigt ist ferner eine bessere Ausbildung und Ausstattung für Polizei und Armee sowie eine verbesserte Zusammenarbeit von Polizei und Justiz der beteiligten Staaten. In dem Teil, der der betroffenen Bevölkerung zugute kommen soll, bleibt der Plan relativ schwammig: die wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Handel in den Herkunftsländern soll verbessert werden, Projekte erdacht werden, die Arbeitsplätze in den Herkunftsländern schaffen. Und so sieht es denn auch in der Realität aus: Die Interessen der Europäer haben sich bisher weitgehend durchgesetzt, besonders in Marokko.

Das Gastgeberland spielt eine Doppelrolle. Zum einen versuchen von hier jedes Jahr Tausende illegal nach Europa zu kommen. Zum anderen ist Marokko Transitland: letzte Durchgangsstation vor Europa. Seit zwei Jahren kooperiert Marokko eng mit spanischen Grenzschutzern und stattet seine eigenen Sicherheitskräfte dank europäischem Geld mit besserem Material aus.

Marokko hat auf Druck Europas viele Gesetze geändert

"Wie tief auch immer so eine Kooperation durchgeführt wird, es wird niemals ausreichend sein", sagt Marokkos Innenminister El Mustapha Sahel. "Was wir brauchen, das ist eine wirkliche Zusammenarbeit aller Länder der Region, beider Seiten des Mittelmeeres, damit der Strom der Emigranten vermindert wird." Marokko ist in Vorleistung getreten und hat auf Druck der Europäer auch zahlreiche Gesetze geändert, um Emigranten besser verfolgen zu können. Jetzt, glaubt die Regierung, müssen die Europäer auch etwas tun. Eine Lösung des Problems der illegalen Emigration ist, die legale Emigration zu verbessern, sagen die Marokkaner. Legale Einwanderung ist in Ländern wie Deutschland oder Frankreich praktisch unmöglich.

Deutschland hofft auf wenige Verpflichtungen

Die Bundesregierung hält sich auf dem Gebiet sehr vornehm zurück. Staatsminister Günter Gloser, der deutsche Vertreter auf der Konferenz: "Das ist ein Punkt von vielen. Aber das reicht ja nicht aus. Die Länder brauchen ja auch die Möglichkeit, aus eigenen Kräften etwas aufzubauen. Allein sich darauf zu stützen, wäre zu kurz gesprochen." Für die Bundesregierung ist wichtiger, dass möglichst wenig Verpflichtendes in Rabat beschlossen wird. Gloser denkt an einen Plan, aus dem sich jeder raussuchen kann, was seinen Bedürfnissen entspricht.

Afrikaner erhoffen sich Legalisierung der Migration

Auf der Liste der Afrikaner steht die legale Migration ganz oben, auf der Liste der Europäer steht sie ganz unten. Es spricht wenig dafür, dass sich auf dieser Konferenz daran etwas ändert. An den Außengrenzen der EU wachsen derweil die Barrieren und erinnern mehr und mehr an die tödlichen Grenzanlagen, die einst Deutschland Ost und Deutschland West teilten. Letzte Woche sind an den Zäunen drei Menschen gestorben.

Verlinkte Artikel:

- * Rabat: Unterschiedliche Konferenzen zur Migration.
- * Kommentar: Vier große Fehler der Migrationspolitik.

BILDTEXTE:

- * Rabat in Marokko *Großansicht des Bildes [Bildunterschrift:] (Karte)*
- * *Großansicht des Bildes Grafik: Flüchtlinge auf einem Boot der spanischen Küstenwache]*
- * *Großansicht des Bildes Grafik: Ein verletzter Immigrant wartet in Melilla in einem Auffanglager]*
- * *Grenzzaun mit Stacheldraht (Foto: AP) Großansicht des Bildes [Bildunterschrift: Stacheldraht bewehrt den Grenzzaun zwischen Melilla und Marokko]*

Audio: Großkonferenz zur illegalen Migration

[Rüdiger Maak, ARD-Hörfunkstudio Rabat] (3:43)

http://www.tagesschau.de/audio/0,2773,OID5700398_NAV_BAB,00.html

Marokko - Europa-Gipfel in Afrika

Rabat, 10.07.2006: Knapp 60 Staaten beteiligen sich derzeit am Europa-Gipfel in Marokko. In Rabat beraten die Außen- und Sozialminister vor allem über die Flüchtlingspolitik und geplante präventive Investitionen für die afrikanischen Länder. Die spanische Regierung ist mit drei Politikern vertreten. Adan Martín, Präsident der kanarischen autonomen Regierung, ist mit einer eigenen Delegation angereist.

10.07.2006, <http://megawelle.com/Nachrichten.529.Marokko..EuropaGipfel.in.Afrika.html>

(Anm: siehe dazu auch Artikelsammlung zu Flüchtlingen auf den Kanarischen Inseln von megawelle.com)

Süddeutsche Zeitung, 10.07.2006

Zwei Seiten widmet das SZ-Feuilleton dem Thema Einwanderung. Anlass ist die heutige Konferenz von 57 afrikanischen und europäischen Staaten im marokkanischen Rabat, die über die Steuerung und Begrenzung der Migration beraten.

"Es gibt nicht zu viel Migration in der heutigen globalen Wirtschaft, sondern zu wenig", behauptet der amerikanische Urbanist Mike Davis ("City of Quartz") im Interview. "Europas epochales Problem besteht darin, dass es Menschen in rapider Geschwindigkeit verliert, nicht, dass es überschwemmt wird. Solange die Deutschen nicht bereit sind, Kondome zu verbieten und öffentliche Fruchtbarkeitsrituale zu veranstalten, sollten sie akzeptieren, dass Zuwanderung ihre einzige Hoffnung ist, den Transfer von Renten- und Sozialleistungen an eine alternde Bevölkerung zu sichern."

"Legalize it", meint auch Sonja Zekri und führt ein paar gute Gründe an: "Für einen Manager wäre das weltweite Flüchtlingsbusiness - den Tod, die Angst und die Entbehrungen mal beiseite gelassen - so etwas wie eine Win-Win-Situation: Alle Beteiligten profitieren. Die Flüchtlinge hoffen auf eine bessere Zukunft; die Schleuser - vom Bauern in den Karpaten, der Afghanen nach Tausenden Kilometern Reise mit dem Eselskarren ins Schengengebiet ruckelt, bis zum Schleuser-Boss in einer osteuropäischen Metropole - lassen sich ihre Dienste vergolden; in den Gastländern wären ganze Branchen ohne Migranten gar nicht lebensfähig; und die Herkunftsländer erhalten inzwischen von Auswanderern ein Vermögen an Rücküberweisungen. In Marokko liegen diese inzwischen höher als die Einnahmen aus dem Tourismus, in Sri Lanka höher als jene aus dem Tee-Export."

Außerdem: Jens-Christian Rabe stellt Romane über Flüchtlinge von Tahar ben Jelloun, Mahi Binebine und Norbert Zähringer vor. Ingo Petz lässt sich von einem Kurden erzählen, wie man als Illegaler in einem Land untertaucht. Bernd Graff informiert über Internetseiten für Migranten, die diese aber oft nicht lesen können. Alex Rühle schreibt über den Dokumentarfilm "Tarifa Traffic" des schwedischen Filmemachers Joakim Demmer, der die Bewohner an der Südspitze Spaniens beobachtet hat, die täglich Flüchtlingen begegnen. Nina von Hardenberg beschreibt die mobilen Migranten als *Arbeitnehmer* der Zukunft. Gerhard Matzig erzählt von jungen Architekten, die Notunterkünfte und Billigsthäuser entwerfen und dabei oft genug nur "zynische Theorien des 'Unbehaustseins'" bieten. Und Angela Köckritz erzählt, wie gescheiterte Einwanderer zu Hause Erfolg vorgaukeln.

10. Juli 2006, Ausschnitt aus: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,425891,00.html> (mit einigen Links)

Anmerkung: siehe dazu auch die Sammlung von Beiträgen aus der Süddeutschen Zeitung beim Flüchtlingsrat Hamburg.

EU hilft Mauretanien mit 2,5 Millionen Euro gegen illegale Migration Verstärkte Grenzkontrolle und Warnung vor Risiken der Überfahrt

Brüssel - Die EU stellt 2,45 Millionen Euro für Mauretanien im Kampf gegen illegale Einwanderer zur Verfügung. Das von der EU-Kommission am Montag bekannt gegebene Paket soll den Behörden in dem westafrikanischen Land helfen, die Ströme von Zuwanderern auf die zu Spanien gehörenden Kanarischen Inseln einzudämmen. Die Maßnahmen sehen eine schärfere Überwachung der See- und Landesgrenze vor, wie eine Kommissionssprecherin am Montag mitteilte.

"Rückführung"

Weiters soll mit den Hilfen der EU Migranten in ihre Herkunftsländer rückgeführt werden. Mit "professionell

gemachten Filmen und Hörfunkdiskussionen" will die EU-Kommission nach eigenen Angaben die Menschen in den Herkunftsländern künftig besser vor den Risiken der Überfahrt nach Europa warnen. Auch die Kosten für Patrouillenboote, die Spanien zur Überwachung der Grenze nach Mauretanien geschickt hat, sollen mit Hilfe der EU gedeckt werden. "Mit diesen Maßnahmen sollen tragische Zwischenfälle auf hoher See vermieden werden, bei denen jüngst viele Menschen ihr Leben verloren", erklärte Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner. Eine hochrangig besetzte Ministerkonferenz von Europäern und Regierungsvertretern aus 20 afrikanischen Staaten berät am heutigen Montag in der marokkanischen Hauptstadt Rabat über Maßnahmen zur Kontrolle der Einwanderung aus Afrika. Dabei soll nicht nur der Zustrom illegaler Einwanderer, sondern auch die Steuerung der legalen Zuwanderung erörtert werden. (APA)

10. Juli 2006, 13:55, <http://derstandard.at/?url=/?id=2511104>

Konferenz berät über Migration und Entwicklung Vertreter der EU und der Herkunfts- und Transitländer von Flüchtlingen an einem Tisch

Rabat - Unter dem Eindruck immer neuer Flüchtlingsströme nach Europa hat am Montag in Rabat eine euro-afrikanische Ministerkonferenz über Migration und Entwicklung begonnen. Bei dem zweitägigen Treffen in der marokkanischen Hauptstadt sitzen erstmals Vertreter der Europäischen Union und der wichtigsten Herkunfts- und Transitländer an einem Tisch. Ziel ist die Verabschiedung eines Aktionsplanes, mit dem die illegale Migration eingedämmt und die legale Einwanderung besser gesteuert werden soll. Auf der Tagesordnung stehen zudem Menschenrechtsfragen, Entwicklungshilfe und Abkommen über die Rücknahme illegaler Zuwanderer.

Algerien nicht dabei

An der Konferenz nehmen fast 50 Staaten Europas und Afrikas sowie zehn internationale Organisationen teil. Algerien als eines der Haupttransitländer blieb dem Treffen allerdings fern. Die Regierung in Algier beharrt darauf, das Thema Migration müsse auf den üblichen Gipfeln zwischen der EU und der Afrikanischen Union behandelt werden. Österreich wird nach Angaben aus dem Außenamt durch Vizekanzler Hubert Gorbach (B) und den Generalsekretär im Außenministerium, Johannes Kyrle, vertreten sein. Zu der Konferenz hatten Spanien und Marokko nach dem Massenansturm Tausender Armutsflüchtlinge auf die spanischen Nordafrika-Exklaven Ceuta und Melilla im vergangenen Herbst aufgerufen. Mindestens 14 Immigranten kamen damals ums Leben. (APA)

10. Juli 2006, 13:24, <http://derstandard.at/?id=2511052>

Euro-Afrikanische Konferenz berät über Migration und Entwicklung

Rabat (dpa) - Unter dem Eindruck immer neuer Flüchtlingsströme nach Europa hat in Rabat eine euro-afrikanische Ministerkonferenz über Migration und Entwicklung begonnen. Bei dem zweitägigen Treffen in der marokkanischen Hauptstadt sitzen erstmals Vertreter der EU und der wichtigsten Herkunfts- und Transitländer an einem Tisch.

Ziel ist die Verabschiedung eines Aktionsplanes, mit dem das Drama der illegalen Migration eingedämmt und die legale Einwanderung besser gesteuert werden sollen. Auf der Tagesordnung stehen zudem Menschenrechtsfragen, Entwicklungshilfe und Abkommen über die Rücknahme illegaler Zuwanderer.

An der Konferenz nehmen fast 50 Staaten Europas und Afrikas sowie zehn internationale Organisationen teil. Algerien als eines der Haupttransitländer blieb dem Treffen allerdings fern. Die Regierung in Algier beharrt darauf, das Thema Migration müsse auf den üblichen Gipfeln zwischen der EU und der Afrikanischen Union behandelt werden. Für Deutschland nimmt der Staatsminister für Europa, Günter Gloser, teil. Zu der Konferenz hatten Spanien und Marokko nach dem Massenansturm Tausender Armutsflüchtlinge auf die spanischen Nordafrika-Exklaven Ceuta und Melilla im vergangenen Herbst aufgerufen. Mindestens 14 Immigranten kamen damals ums Leben.

10. Juli 2006, <http://www.mainpost.de/aaw/brennpunkte/art112,3628417.html>

Euro-Afrikanische Konferenz berät über Migration und Entwicklung

Rabat (dpa) - Unter dem Eindruck immer neuer Flüchtlingsströme nach Europa hat in Rabat eine euro-afrikanische Ministerkonferenz über Migration und Entwicklung begonnen.

Bei dem zweitägigen Treffen in der marokkanischen Hauptstadt sitzen erstmals Vertreter der EU und der wichtigsten Herkunfts- und Transitländer an einem Tisch.

Ziel ist die Verabschiedung eines Aktionsplanes, mit dem das Drama der illegalen Migration eingedämmt und die legale Einwanderung besser gesteuert werden sollen. Auf der Tagesordnung stehen zudem Menschenrechtsfragen, Entwicklungshilfe und Abkommen über die Rücknahme illegaler Zuwanderer.

An der Konferenz nehmen fast 50 Staaten Europas und Afrikas sowie zehn internationale Organisationen teil. Algerien als eines der Haupttransitländer blieb dem Treffen allerdings fern. Die Regierung in Algier beharrt darauf, das Thema Migration müsse auf den üblichen Gipfeln zwischen der EU und der Afrikanischen Union behandelt werden. Für Deutschland nimmt der Staatsminister für Europa, Günter Gloser, teil. Zu der Konferenz hatten Spanien und Marokko nach dem Massenansturm Tausender Armutsflüchtlinge auf die spanischen Nordafrika-Exklaven Ceuta und Melilla im vergangenen Herbst aufgerufen. Mindestens 14 Immigranten kamen damals ums Leben.

10.07.2006 13:26, <http://www.donaukurier.de/nachrichten/brennpunkte/art178,1447525.html?fCMS=c7def35959d9599f46a1f1367d4afb54>

OBEN STEHENDER BERICHT (DPA) WURDE OFT VERÖFFENTLICHT, SIEHE INFO VON GOOGLE NEWS:

Wege in die neue Welt Migrationskonferenz in Rabat

n-tv - 10. Juli 2006

Unter dem Eindruck immer neuer Flüchtlingsströme nach Europa hat am Montag in Rabat eine euro-afrikanische Ministerkonferenz über Migration und Entwicklung ...

Euro-Afrikanische Konferenz berät über Migration Esslinger Zeitung

Europa und Afrika wollen Flüchtlingsdrama gemeinsam angehen Baden Online

Euro-Afrikanische Konferenz berät über Migration und Entwicklung Fränkischer Tag

Fränkischer Tag - und 44 ähnliche Artikel »

Euro-Afrikanische Konferenz berät über Migration

Rabat (dpa) - Zur Eindämmung der Flüchtlingsströme nach Europa hat die EU zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit Afrika aufgerufen.

Beim Kampf gegen Schleuserbanden, der Überwachung der Grenzen oder der Rückführung illegaler Zuwanderer müsse die Kooperation intensiviert werden, forderte EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner am Montag bei der Eröffnung einer euro-afrikanischen Ministerkonferenz über Migration und Entwicklung in Rabat. Bei dem zweitägigen Treffen in der marokkanischen Hauptstadt sitzen erstmals Vertreter der EU und der wichtigsten Herkunfts- und Transitländer an einem Tisch. Fast 60 Staaten Europas und Afrikas sowie 15 internationale Organisationen sind auf der Konferenz vertreten.

In der Debatte um die Flüchtlingsproblematik dürften die Ursachen nicht aus dem Auge verloren werden, betonten Redner in Rabat. Dazu zählten Armut, Unterentwicklung und die unsichere Lage in vielen Herkunftsländern. Dies treibe die Menschen dazu, für eine bessere Zukunft in Europa ihr Leben aufs Spiel zu setzen. So sind nach Schätzungen des mauretanischen Roten Halbmonds seit Ende 2005 mehr als 1300 Afrikaner bei dem Versuch ertrunken, an Bord von kleinen Holzbooten die Kanarischen Inseln zu erreichen. Entwicklungshilfe und Menschenrechtsfragen stehen daher auch auf der Tagesordnung der Konferenz.

«Wir wollen einerseits mittels einer Entwicklungspartnerschaft die Migrationsursachen bekämpfen. Andererseits wollen wir die Migration so zu steuern versuchen, dass sie für uns alle möglichst vorteilhaft verläuft und gleichzeitig negative Auswirkungen minimiert werden», sagte der deutsche Staatsminister für Europa, Günter Gloser. Zu der Konferenz hatten Spanien und Marokko nach dem Massenansturm tausender Armutsflüchtlinge auf die spanischen Nordafrika-Exklaven Ceuta und Melilla im vergangenen Herbst aufgerufen. 14 Immigranten kamen damals ums Leben. Algerien als eines der Haupttransitländer blieb dem Treffen allerdings fern. Das Land beharrt darauf, das Thema müsse auf den üblichen Gipfeln zwischen der EU und der Afrikanischen Union behandelt werden.

BILDTEXT: Alltag der Küstenwachen Italiens, Spaniens, Frankreichs: Ein Flüchtlingsboot wird aufgebracht (Ende Juni vor Teneriffa).

10.07.2006, *Esslinger Zeitung – ez-online*, <http://www.ez-online.de/ueberregional/newsticker/Artikel558842.cfm>

Europa und Afrika wollen Flüchtlingsdrama gemeinsam angehen

Rabat (dpa) - Zur Eindämmung der Flüchtlingsströme hat die EU zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit Afrika aufgerufen.

Beim Kampf gegen Schleuserbanden, der Überwachung der Grenzen oder der Rückführung illegaler Zuwanderer müsse die Kooperation intensiviert werden. Das forderte EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner bei der

Eröffnung einer euro-afrikanischen Ministerkonferenz über Migration und Entwicklung in Rabat. Bei dem Treffen sitzen erstmals Vertreter der EU und der wichtigsten Herkunftsländer an einem Tisch.

10.07.2006, http://www.baden-online.de/artikel.phtml?akt_men=1?&artikel=108100817&red=1&ausgabe=35692&rubrik=ticker

EU ruft zu verstärkter Zusammenarbeit mit Afrika auf

Um die Flüchtlingsströme aus Afrika nach Europa einzudämmen hat die Europäische Union zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit Afrika aufgerufen. Im Kampf gegen Schleuserbanden bei der Überwachung der Grenzen oder der Rückführung illegaler Zuwanderer müsse die Kooperation unbedingt intensiviert werden, forderte EU-Außenkommissarin Ferrero-Waldner heute. Sie nimmt - gemeinsam mit Vertretern aus fast 60 Staaten Europas und Afrikas - an der euro-afrikanischen Ministerkonferenz über Migration und Entwicklung im marokkanischen Rabat teil. Bei diesem zweitägigen Treffen sitzen erstmals Vertreter der EU und der wichtigsten Herkunfts- und Transitländern von Migranten an einem Tisch. Um den Flüchtlingsstrom aus Mauretanien nach Europa zu stoppen, hat die EU-Kommission knapp 2 1/2 Millionen Euro für den Magrebstaat freigemacht. Mit dem Geld soll Mauretanien geholfen werden, die illegale Migration auf die Kanarischen Inseln einzudämmen. In der ersten Jahreshälfte landeten bereits rund 10.000 Flüchtlinge auf den Kanarischen Inseln.

10.07.2006 16:37, <http://www.brf.be/nachrichtenex/shownachricht?id=43130>

Euro-Afrikanische Migrationskonferenz

Angesichts immer neuer Flüchtlingsdramen im Mittelmeer wollen afrikanische und europäische Staaten die illegale Einwanderung gemeinsam eindämmen. Zum Auftakt einer zweitägigen Migrationskonferenz in der marokkanischen Hauptstadt Rabat rief Frankreichs Staatschef Chirac am Montag die Teilnehmer auf, die illegale Einwanderung "mit Respekt für die Menschenwürde, aber entschlossen" zu bekämpfen.

Im Kampf gegen die illegale Einwanderung müsse es eine engere Zusammenarbeit zwischen den Herkunfts-, Transit- und Zielländern geben, forderte Chirac. "Diesen Kampf wollen wir im Respekt für die Menschenwürde führen, aber mit Entschlossenheit." Es gehe um die Interessen der Menschen, die die Reise nach Europa wagten, um die Interessen der legal in Europa lebenden Afrikaner sowie um die Interessen der Europäer, die sich vor den Auswirkungen der Globalisierung fürchteten, sagte Chirac.

Der spanische Außenminister Miguel Angel Moratinos sagte bei der Eröffnung, die Konferenz solle die Basis für ein "ausgewogenes" Einwanderungsmodell schaffen, das "im Interesse aller" sei. Europa wolle gegen eine unkontrollierte Einwanderung vorgehen, während Afrika ein Interesse daran habe, die Auswanderung seiner Eliten zu verhindern. Die EU-Außenkommissarin Ferrero-Waldner sagte in "Le Matin", die Diskussion dürfe sich nicht auf die Frage der Sicherheit beschränken. Sie forderte eine Verbesserung der Lebensbedingungen in Afrika.

Die 27 afrikanischen und 30 europäischen Teilnehmerstaaten wollen einen Aktionsplan beschließen, der neben verstärkten Sicherheitsmaßnahmen auch Entwicklungsprojekte in den Herkunftsländern der Flüchtlinge vorsieht.

Quelle: APA

10.07.2006 17:09, *Kleine Zeitung*, <http://www.kleine.at/nachrichten/politik/156166/index.do>

Euro-Afrikanische Migrationskonferenz

Angesichts immer neuer Flüchtlingsdramen im Mittelmeer wollen afrikanische und europäische Staaten die illegale Einwanderung gemeinsam eindämmen. Zum Auftakt einer zweitägigen Migrationskonferenz in der marokkanischen Hauptstadt Rabat rief Frankreichs Staatschef Chirac am Montag die Teilnehmer auf, die illegale Einwanderung "mit Respekt für die Menschenwürde, aber entschlossen" zu bekämpfen.

Im Kampf gegen die illegale Einwanderung müsse es eine engere Zusammenarbeit zwischen den Herkunfts-, Transit- und Zielländern geben, forderte Chirac. "Diesen Kampf wollen wir im Respekt für die Menschenwürde führen, aber mit Entschlossenheit." Es gehe um die Interessen der Menschen, die die Reise nach Europa wagten, um die Interessen der legal in Europa lebenden Afrikaner sowie um die Interessen der Europäer, die sich vor den Auswirkungen der Globalisierung fürchteten, sagte Chirac.

Der spanische Außenminister Miguel Angel Moratinos sagte bei der Eröffnung, die Konferenz solle die Basis für ein "ausgewogenes" Einwanderungsmodell schaffen, das "im Interesse aller" sei. Europa wolle gegen eine unkontrollierte Einwanderung vorgehen, während Afrika ein Interesse daran habe, die Auswanderung seiner Eliten zu verhindern. Die EU-Außenkommissarin Ferrero-Waldner sagte in "Le Matin", die Diskussion dürfe sich nicht auf die Frage der Sicherheit beschränken. Sie forderte eine Verbesserung der Lebensbedingungen in Afrika.

Die 27 afrikanischen und 30 europäischen Teilnehmerstaaten wollen einen Aktionsplan beschließen, der neben

verstärkten Sicherheitsmaßnahmen auch Entwicklungsprojekte in den Herkunftsländern der Flüchtlinge vorsieht.
© SN/APA.

10. Juli 2006 | 17:08, Salzburger Nachrichten, <http://www.salzburg.com/sn/nachrichten/artikel/2170268.html>

Euro-Afrikanische Migrationskonferenz

Rabat (APA,ag.) - Angesichts immer neuer Flüchtlingsdramen im Mittelmeer wollen afrikanische und europäische Staaten die illegale Einwanderung gemeinsam eindämmen. Zum Auftakt einer zweitägigen Migrationskonferenz in der marokkanischen Hauptstadt Rabat rief Frankreichs Staatschef Chirac am Montag die Teilnehmer auf, die illegale Einwanderung "mit Respekt für die Menschenwürde, aber entschlossen" zu bekämpfen.

Im Kampf gegen die illegale Einwanderung müsse es eine engere Zusammenarbeit zwischen den Herkunfts-, Transit- und Zielländern geben, forderte Chirac. "Diesen Kampf wollen wir im Respekt für die Menschenwürde führen, aber mit Entschlossenheit." Es gehe um die Interessen der Menschen, die die Reise nach Europa wagten, um die Interessen der legal in Europa lebenden Afrikaner sowie um die Interessen der Europäer, die sich vor den Auswirkungen der Globalisierung fürchteten, sagte Chirac. Der spanische Außenminister Miguel Angel Moratinos sagte bei der Eröffnung, die Konferenz solle die Basis für ein "ausgewogenes" Einwanderungsmodell schaffen, das "im Interesse aller" sei. Europa wolle gegen eine unkontrollierte Einwanderung vorgehen, während Afrika ein Interesse daran habe, die Auswanderung seiner Eliten zu verhindern. Die EU-Außenkommissarin Ferrero-Waldner sagte in "Le Matin", die Diskussion dürfe sich nicht auf die Frage der Sicherheit beschränken. Sie forderte eine Verbesserung der Lebensbedingungen in Afrika. Die 27 afrikanischen und 30 europäischen Teilnehmerstaaten wollen einen Aktionsplan beschließen, der neben verstärkten Sicherheitsmaßnahmen auch Entwicklungsprojekte in den Herkunftsländern der Flüchtlinge vorsieht.

APA 17:08 10.07.2006, ÖÖNachrichten, <http://www.nachrichten.at/apanews/apap/459729?PHPSESSID=78017fea44dcfa74e5a50f9c9f96f6f0>

Kommentar

Die vier größten Fehler der Migrationspolitik

Von Rüdiger Maack, ARD-Hörfunkstudio Rabat

Die Zuwanderungspolitik von Deutschland und den anderen EU-Ländern hat sich in den letzten Jahren stark angeglichen - und zwar regelmäßig zum Nachteil für Ausländer, die nach Europa wollen. Diese Politik ist ein Desaster. Die vier größten Fehler:

Fehler 1

Deutsche Gesetzgeber sehen Zuwanderer grundsätzlich als Problem, nie als Chance.

Wenn wir über Afrikaner, Lateinamerikaner oder Asiaten reden, die zu uns wollen, denken wir an arme Leute auf wackligen Booten, die möglichst schnell wieder vertrieben werden sollten. Wir denken nicht an junge, ehrgeizige Menschen, die bereit sind, Arbeiten zu verrichten, die wir nicht tun wollen, oder die qualifiziert hierher kommen, um sich ein besseres Leben zu erarbeiten. Wir leben in einer Gesellschaft, die überaltert, aber wir wollen keine Jungen, die Kinder bekommen und in die Sozialkassen einzahlen, wenn sie aus den Entwicklungsländern kommen.

In den USA werden, trotz aller Probleme dort, Einwanderer als die Zukunft des Landes gesehen. Auch ein Grund, warum die USA wirtschaftlich erfolgreicher sind als Europa.

Immer wieder können Unternehmen nicht einstellen, wen sie wollen. Wenn einer den falschen Pass hat, kann er noch so brilliant sein, das Gesetz ist gegen ihn: Wer nicht aus der EU kommt oder hier verheiratet ist, wird keinen legalen Job bekommen. Dadurch gehen auch bei uns Arbeitsplätze verloren.

Es geht nicht nur um Arbeitssuchende: Wir wollen auch keine Touristen aus armen Ländern. Die Angst der Europäer vor den angeblichen Massen aus Afrika und Asien grenzt an Hysterie.

Deutsche Gesetze dienen vor allem einem Zweck: Schikane und Abwehr. Ein Europa-Visum zu bekommen gleicht einem Spießrutenlauf, die Behandlung in den Konsulaten ist oft demütigend.

Etliche Fußballfans aus Ghana, Tunesien, Togo oder Elfenbeinküste hatten zwar Tickets für die Fußball-WM, die deutschen Behörden gaben ihnen aber keine Visa. Eine Gruppe Togolesen mit Visum für Deutschland, und mit Tickets in der Hand, wurde an der belgisch-deutschen Grenze angehalten und zurück nach Togo geschickt.

Fehler 2

Noch immer ist es nicht in den Köpfen unserer Politiker angekommen, dass wir ein Einwanderungsland sind und dass wir Einwanderung brauchen. Wir brauchen sie, weil uns bald die jungen Leute ausgehen, weil Menschen aus anderen Ländern unseren Horizont erweitern, weil jede Gesellschaft, die sich abschottet, irgendwann zugrunde gehen wird.

Fehler 3

Wir glauben, wir könnten Wanderungsbewegungen aufhalten, indem wir Mauern und Zäune errichten und jetzt auch Lager in Afrika. Noch nie in der Geschichte der Menschheit hat es ein Gesetzgeber geschafft, Wanderungswellen aufzuhalten. Es wird auch jetzt nicht funktionieren. Aber an höheren Zäunen, dickeren Mauern und schärferer Überwachung werden noch mehr Menschen sterben als jetzt schon.

Fehler 4

Wir spielen faul. Wer in seiner Heimat genug verdient, wandert nicht aus. Wir Europäer aber beuten die Länder des Südens erst aus, vernichten die Lebensgrundlage vieler Menschen, verdienen viel Geld damit und geben dann Geld aus, um die Auswanderer abzuhalten.

Noch immer arbeiten die meisten Afrikaner in der Landwirtschaft. Ausgerechnet unseren Bauern zahlen wir Europäer so hohe Subventionen, dass damit kein afrikanischer Bauer mithalten kann: Europäische Butter ist in Marokko billiger im Supermarkt zu haben als einheimische, französisches Geflügel in Niger ebenso.

In Westafrika gehen massenweise Fischer vor die Hunde, weil sie keinen Fisch mehr fangen. Es gibt noch Fisch, aber Europäer und Asiaten haben den Ländern Fischereirechte abgekauft, fahren mit Fischfabriken die Küsten ab und saugen alles weg, was zappelt. Die Fische werden nicht in Westafrika angelandet, wie es die Verträge vorsehen, sondern auf den kanarischen Inseln - in Europa eben. Würde Europa wirklich die Emigration verhindern wollen, gebe es ein einfaches Mittel: Fair-Play.

10.07.2006 01:31 Uhr, http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID5699430_REF1_NAV_BAB,00.html

Weitere Informationen zur Euro-Afrikanischen MinisterInnenkonferenz zu Migration und Entwicklung am 10./11. Juli 2006 in Rabat:

Offiziellen Website der Konferenz: <http://www.maec.gov.ma/migration>

Kritische Informationen zur MinisterInnenkonferenz und der am 30. Juni und 1. Juli 2006 in Rabat stattgefundenen NGO-Konferenz unter:

- ➔ <http://no-racism.net/migration>
- ➔ <http://fluechtlingsrat-hamburg.de>
- ➔ <http://www.migreurop.org/rubrique188.html>